

Protokoll:

FDP-Fraktionsvorsitzende B. Hoernchen macht darauf aufmerksam, dass man durchaus erkenne, dass es unterschiedliche Eintrittskarten hinsichtlich Ermäßigung etc. gebe, aber man wolle auch nicht alle Karten anders bedrucken, sondern vielmehr einen durchschnittlichen Zuschuss ausweisen, um den Besuchern das Bewusstsein des Eintritts ohne eine Subvention zu vermitteln.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt aus, dass die Verwaltung dem Vorschlag ablehnend gegenüber stehe, da er verwaltungsaufwendig und im Detail wenig hilfreich sei. Man könne sich vorstellen einmal im Jahr die aktuellen Subventionen ausgesuchter städtischer Einrichtungen zu kommunizieren. Dies sei sinnvoller und effektiver.

FDP-Fraktionsvorsitzende B. Hoernchen widerspricht der Auffassung von Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig und teilt mit, dass z.B. Berlin dieses System schon praktiziere. Sie schlägt deshalb vor, die Angelegenheit im zuständigen Ausschuss zu beraten. So könne man die Zuschüsse für jedermann transparent machen.

Rm Altmaier (SPD) führt an, dass man sich anhand des Haushaltsplanes alle Positionen mit ihren Kosten anschauen könne. Insofern sei auch eine jährliche Auflistung entbehrlich. Bei Interesse könne auch jeder Bürger darin nachschauen.

Ferner greife ein bloßes Herausnehmen von Theater, Schwimmbad etc. nicht weit genug, da bspw. auch die Verkehrsüberwachung mehr Kosten als Einnahmen verursache.

Rm Sauer (CDU) weist darauf hin, dass es kein schönes Willkommen für Touristen sei, wenn auf jeder Eintrittskarte der Förderbetrag ausgewiesen werde. Ferner bezahlten auch die Koblenzerinnen und Koblenzer ihre Steuern. Deshalb sei es keine gute Gepflogenheit ihnen auf jeder Karte die Zuschüsse zu demonstrieren. Auch gebe es Dinge die bezuschusst werden müssten, damit sie überhaupt erhalten werden könnten. Deshalb lehne man den Antrag ab.

FDP-Fraktionsvorsitzende B. Hoernchen weist nochmals darauf hin, dass dieser Antrag mehr Transparenz diene und in Berlin bereits praktiziert werde.

Rm Lehmkuhler (SPD) stellt fest, dass man sich nicht gegen Transparenz ausspreche, sondern vielmehr auch die dadurch entstehenden Mehrkosten beachte.